

Informationsbulletin
Nr. 69 / September 2010

Konzerne zur Verantwortung ziehen!

Ob im Bergbau, in der Textilindustrie, Elektronik oder im Nahrungsmittelsektor – multinationale Konzerne setzen alles daran, die Kosten möglichst tief zu halten. Dazu setzen sie sich rücksichtslos über die Rechte der ArbeiterInnen hinweg, auch wenn diese mit dem prekären Lohn nicht über die Runde kommen. Sie missachten die Rechte der betroffenen Bevölkerung, auch wenn etwa das Trinkwasser durch den Bergbau vergiftet wird.

Dies sind nur zwei Beispiele, die Liste liesse sich unendlich verlängern. Oft sind es die gleichen Konzerne, die glauben machen wollen, dass sie der Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert beimessen. Die geschickte Selbstdarstellung der Konzerne mag dazu beitragen, dass sie auf der KonsumentInnenseite mehr Akzeptanz erhalten. Derweil werden ArbeiterInnen und die betroffene Bevölkerung, die sich für ihre Rechte einsetzen, unter Druck gesetzt – mit Entlassungen, missbräuchlichen Klagen oder dem Einsatz von Gewalt.

Zwar existiert eine ganze Reihe von Verhaltenskodizes und es gibt die Möglichkeit, Konzerne bei den nationalen Kontaktpunkten auf Verletzung der OECD-Richtlinien einzuklagen. Die Richtlinien zeigen jedoch keine Wirkung, denn sie beruhen alle auf Freiwilligkeit und harte Sanktionen fehlen. Für die Konzerne bedeutet das, dass sie keine Konsequenzen ihres Handelns zu befürchten haben. Umso wichtiger sind Basisinitiativen wie die der Minenfrauen, die mit einem breiten Netzwerk von Betroffenen gegen das rücksichtslose Gebahren des Schweizer Multis Glencore vorgehen und ihn zur Verantwortung ziehen wollen. Hier ist unsere Unterstützung gefragt.

SOLIFONDS
Quellenstrasse 25
Postfach
CH-8031 Zürich
Tel. 044 272 60 37
Fax 044 272 11 18
mail@solifonds.ch
www.solifonds.ch
PC 80-7761-7

Unterstützungsaktion

Peru – Gewerkschaften, soziale Organisationen und Frauengruppen gegen den Zuger Rohstoffmulti Glencore



«Die Schweizer Glencore massakriert meine Rechte!!» Entlassene Minenarbeiter protestieren Anfang August vor der Schweizer Botschaft in Lima gegen Glencore/Perubar. Foto: CNMM

In Peru verläuft der Minengürtel mit der Andenkette von Nord nach Süd durch das ganze Land. Ausländische Bergbau-Konzerne haben flächendeckend Konzessionen erworben, graben ganze Berge ab oder treiben Stollen tief in die Erde hinein. Der Reichtum des Landes an Gold, Zink, Kupfer, Zinn, Silber, Eisen und Blei – zehn Milliarden US-Dollar im ersten Halbjahr 2010 – landet über den Weltmarkt als Gewinn in ihren Bilanzen.

Flächendeckend zieht sich auch der Gürtel der Armut durchs ganze Land. In den neun Anden-Provinzen, in denen die meisten Mineralien ausgebeutet werden, ist auch die Armut am grössten. Sie bewegt sich zwischen 52 und 88 Prozent. Reichtum geht, Armut bleibt – Das gilt für alle Länder, deren Wirtschaft von Rohstoffexporten abhängt; für Peru, dessen Regierung die gesamten Bodenschätze an ausländische Bergbaumultis – darunter die Schweizer Konzerne Glencore und Xstrata – verschachert hat, ganz besonders.

Peru ist aber auch Beispiel dafür, wie sich die betroffene Bevölkerung gegen die Bergbau-Konzerne wehrt. In Tambogrande im Norden des Landes hatten sich 2002 95 Prozent der AnwohnerInnen gegen die Ausweitung der dortigen Mine ausgesprochen. In Cajamarca weiter südlich wehrt sich die lokale Bevölkerung gegen die grösste offene Goldmine in Lateinamerika. Sie kämpft für eine nachhaltige Entwicklung und für das Recht der Gemeinden, diese gegenüber den Minengesellschaften einzufordern. Thema sind die illegitime Landaneignung durch die Minengesellschaften, die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse und die Verschmutzung der Umwelt. In La Oroya geht dieser Tage die Doe-Run-Mine in Konkurs, weil sie die Umweltauflagen nicht erfüllen kann. Auch dahinter steckt ein jahrelanger, beschwerlicher Kampf der betroffenen Bevölkerung nicht nur gegen das Unternehmen, sondern auch gegen die eigenen, multi-freundlichen und korrupten Regierungen.

In diesen Kampf reiht sich das Netzwerk ein, das ArbeiterInnen und Bevölkerung zusammenführt, welche von den Aktivitäten des Schweizer Rohstoffmultis Glencore betroffen sind. Ihm gilt unsere aktuelle Unterstützungsaktion. Mehr dazu auf den folgenden Seiten.

Arbeiterinnen in Bangladesh kämpfen für einen Existenz sichernden Lohn

In Bangladesh arbeiten circa 3,5 Millionen ArbeiterInnen im Textilsektor, 90 Prozent von ihnen sind Frauen. Seit über zwei Monaten protestieren sie gegen die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und fordern bessere Löhne. Konkret verlangen sie einen gesetzlich festgelegten, Existenz sichernden Lohn in der Höhe von 5000 Taka im Monat (rund 70 US-Dollar).

Ende Juli hat die Regierung Bangladeshs den Mindestlohn heraufgesetzt: von 1'662 Taka (rund 23 US-Dollar) – dem tiefsten Industrieloohn weltweit – auf 3000 Taka (42 US-Dollar). Die Gewerkschaften haben diesen Mindestlohn abgelehnt, denn er reicht nicht einmal für die grundlegenden Lebenskosten. Wie Mushrefa Mishu, Präsidentin der Gewerkschaft Garment Workers Union Forum (GWUF) darlegte, lebt die Mehrheit der Arbeiterinnen in Slum-Vierteln. Allein für die Miete der kleinen Zimmer müssen sie monatlich 25 bis 35 US-Dollar aufbringen.



Eine protestierende Textilarbeiterin verteidigt sich gegen die Schläge der Polizei. – Juni 2010.

Foto: REUTERS/Andrew Biraj

Die auf das «Angebot» der Regierung folgenden Proteste und Strassenblockaden der Textilarbeiterinnen wurden von der Polizei brutal niedergeschlagen. Hunderte von Arbeiterinnen wurden verletzt, GewerkschaftsführerInnen verfolgt, verhaftet und oft von der Polizei misshandelt. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie die Arbeiterinnen zur Unruhe anstiften, gegen viele von ihnen wurden – wie bereits zu früheren Zeitpunkten – haltlose Klagen eingereicht, um die Gewerkschaftsbewegung zum Schweigen zu bringen. Auch gegen Mushrefa Mishu vom GWUF, gegen die allein im letzten Jahr 27 missbräuchliche Klagen eingereicht worden waren (siehe SOLIFONDS-Bulletin Nr. 66), wurde ein Haftbefehl erlassen. In mehreren Telefonanrufen wurde sie mit dem Tode bedroht. Mushrefa Mishu musste seither untertauchen.



Betroffene protestieren gegen Glencore: «Massakrierung der Arbeitsrechte», «Lungenkrebs», «Abbruch der Berge abzutragen».



Minenarbeiter, Hafenarbeiter und Minenfrauen: gemeinsam gegen

Seit Jahren kämpfen Gewerkschaften in Peru für bessere Arbeitsbedingungen und gegen Entlassungen in den Bergbauunternehmen des Zuger Rohstoffmultis Glencore. Die Bevölkerung der betroffenen Gemeinden hat aufreibende Auseinandersetzungen um ihre Rechte und für den Schutz der Umwelt geführt. Jetzt schliessen sich die verschiedenen Akteure auf Initiative der Minenfrauen-Organisation CNMM zusammen, um ihrem Kampf gegen das Gebahren von Glencores Minengesellschaften mehr Gewicht zu verleihen. Blenden wir kurz zurück:

Vor zwei Jahren verfügte das Minenunternehmen Perubar, das zu 85 Prozent Glencore gehört, kurzerhand die Einstellung der Arbeiten und die Entlassung aller Minenarbeiter der Rosaura-Mine in Chicla (Provinz Lima) und Los Quenuales/Izcaycruz (Provinz Huancavelica). Grund: die gesunkenen Rohstoffpreise. Insgesamt standen 850 Minenarbeiter von einem Tag auf den andern auf der Strasse.

Arbeit flexibilisieren: Die Organisation der Minenfrauen CNMM sieht andere Gründe. Zum einen will Glencore die Arbeitsverhältnisse weiter flexibilisieren und Anstellungen nur noch über Temporärfirmen tätigen – und sich so arbeitsrechtlicher und sozialer Verpflichtungen entledigen. Zum Zeitpunkt der Schliessung der Rosaura-Mine liefen Verhandlungen über eine Gewerkschaftsklage gegen Perubar wegen Verletzung arbeitsrechtlicher Verpflichtungen. Mit den Entlassungen und einer Gegenklage auf Nichtigkeit wollte das Unternehmen die Angelegenheit beenden. Vor kurzem ist diese Gegenklage nun abgewiesen worden und Perubar wird sich vor den zuständigen Arbeitsgerichten verantworten müssen.

Gewerkschaften zerschlagen: Einen zweiten Grund sieht CNMM im Versuch des Unternehmens, durch Schliessungen die Gewerkschaften zu zerschlagen. Ausgehend von der Mine Rosaura waren 2008 die letzten Vorbereitungen zur Gründung einer nationalen Gewerkschaft der temporären Minenarbeiter im Gange. Zwar verhinderte die

Schliessung von Rosaura, dass der Gründungskongress wie geplant im Dezember 2008 stattfinden konnte. Die Arbeiter liessen aber nicht locker und fünf Monate später war die neue Gewerkschaft SINTRAMIN (Sindicato Nacional de Trabajadores Mineros Metalúrgicos) amtlich registriert.

Steuerhinterziehung: CNMM und die Gewerkschaften sind zudem überzeugt, dass Perubar/Glencore dem peruanischen Staat Steuern entzogen hat, indem die Preise der exportierten Metalle viel zu tief angesetzt wurden. Mit einer Klage bei den zuständigen Ministerien machten sie im März 2010 Druck, damit die Preispolitik von Peru-

Der Rohstoffgigant Glencore

Glencore International AG ist eine weltweit aktive Unternehmensgruppe mit Sitz in Baar im Kanton Zug. Es ist das umsatzstärkste Unternehmen der Schweiz und erwirtschaftete 2009 einen Gewinn von über 2,7 Milliarden US-Dollar bei einem Umsatz von über 106 Milliarden. Glencore zählt zu den führenden Rohstoffkonzernen für Aluminium, Bauxit, Nickel, Zink, Kupfer, Blei, Kohle sowie Öl, aber auch für verschiedene Agrarprodukte. Der Konzern ist zudem der grösste Aktionär des Schweizer Bergbaukonzerns Xstrata, der wie das Mutterhaus unter anderem in Peru tätig ist.



«... zur Schule, weil der Vater kein Geld nach Hause bringt»; derweil fahren die Minenkonzerne damit fort, ganze
Fotos: CNMM / J. Lambriggens

den schweizerischen Rohstoffmulti Glencore

bar/Glencore genau unter die Lupe genommen wird. Die Reaktion kam postwendend: Perubar drohte mit individuellen Verleumdungsklagen, sollte die Steuerhinterziehungsklage nicht zurückgezogen werden.

Illustre Geschäftspartner: Glencore weitet seine Geschäftstätigkeit in Peru derweil unbeirrt aus. Vor wenigen Wochen hat der Multi sein Interesse an einem Zusammengehen mit Doe Run in La Oroya bekundet, ungeachtet der immensen Umweltverschmutzung, die diese Mine seit Jahren verursacht hat, und der vielen Krankheitsfälle bei der Bevölkerung. Und im Hafen von Callao will Glencore einen Lager- und Verschiffungskomplex für Metalle konstruieren. Eine der Partnerorganisationen ist die in Luzern domizilierte Trafigura, die kürzlich wegen der Entsorgung toxischer Abfälle in der Elfenbeinküste verurteilt worden ist.

Ein Netzwerk gegen Glencore: Glencore hat, so CNMM, die Wirtschaftskrise genutzt, um den Angriff auf die Gewerkschaften und die Arbeitsrechte zu verstärken. Zudem habe der Konzern die Gemeinden, in denen sich die Minen befinden, gespalten und ihnen Entschädigungen aus der Minentätigkeit vorenthalten. Gleichzeitig baut Glencore seine Aktivitäten in Peru weiter aus.

Mit dem «Nationalen Netzwerk von Gewerkschaften und sozialen Organisationen im Konflikt mit dem Multi Glencore» wollen sich die Betroffenen gemeinsam wehren. Das Netzwerk wird die Gewerkschaften der verschiedenen Minen umfassen, die Gewerkschaft der Hafentarbeiter von Callao, BewohnerInnen der betroffenen Distrikte und natürlich die Minenfrauen.

In einem ersten Schritt wird das Netzwerk die arbeitsrechtlichen und sozialen Probleme systematisch erfassen. Darauf aufbauend wird es Bildungs- und Informationsmaterialien erstellen, um den Widerstand zu stärken. Schliesslich werden regionale Vorbereitungstreffen stattfinden, die dann in die formale Gründung des Netzwerks und dessen inhaltliche und strategische Festlegung münden werden.

CNMM vertritt mit diesem Vernetzungprojekt einen zukunftsweisenden Vorschlag: Minen- und Hafentarbeiter, Frauen in den Gemeinden und ihre Familien, Hochland- und TieflandbewohnerInnen sollen sich gemeinsam und damit gestärkt dem ausbeuterischen und zerstörerischen Wirtschaften des Konzerns Glencore entgegenstellen. Darin wird sie der SOLIFONDS unterstützen.

Central Nacional de la Mujer Minera CNMM

Die CNMM setzt sich für die Rechte der Mineros und ihrer Familien, aber auch für jene der betroffenen Gemeinden und für den Umweltschutz ein: «Die Unternehmen haben eine Verantwortung gegenüber ihren Arbeitern, der Wirtschaft und der Gesellschaft sowie der Umwelt.» Sie versteht sich als gewerkschaftliche Organisation mit einer breiten Agenda.

Als Organisation von Arbeiterinnen und Frauen von Arbeitern verleiht CNMM den Frauen eine Stimme und stärkt ihre Stellung in Gewerkschaft, Gesellschaft und Politik.

28. Juli 2010 – Ein geschichtsträchtiger Tag für Guatemala

Es ist fünf Uhr in der Früh, als Indígenas aus den Gebieten von San Miguel und San Marcos auf den Hauptplatz in Guatemala-Stadt strömen. Seit Stunden waren sie unterwegs, um an diesem Tag dabei zu sein. Um acht Uhr setzten sich die 5000 Mam und Mayas in Richtung Parlament in Bewegung, um gegen die Minentätigkeit in ihren Gemeinden und die Komplizenschaft der ParlamentarierInnen zu protestieren. Es sollte aber nicht nur bei der Demonstration bleiben.

Im Frühjahr hatte die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) Klagen von betroffenen indigenen Gemeinschaften wegen Verletzung von ILO-Normen, Umweltzerstörung und Vergiftung der Bevölkerung Recht gegeben. Sie forderte den guatemalteken Staat auf, die Minentätigkeit der kanadischen GoldCorp/Montana Exploradora zu stoppen. Zwar stellte die Regierung eine vorläufige Schliessung in Aussicht, machte aber gleichzeitig deutlich, dass an ein definitives Aus für die Mine nicht zu denken sei.

Und so ging der Demonstrationszug nach dem Parlament weiter zum obersten Gericht, wo eine Klage gegen den Präsidenten eben dieses Gerichts und gegen Vertreter der Mininggesellschaft eingereicht wurde. Es war dieser heute oberste Richter des Landes, der vor knapp zehn Jahren einen Landhandel eingefädelt hatte, der den indigenen Gemeinden das Land wegnahm und es dem Miningunternehmen zuschanzte. In den Augen der Demonstrierenden eine klare Verletzung der Rechte der indigenen Gemeinschaften und ihres Gemeindeeigentums.

Zum ersten Mal in der Rechtsgeschichte Guatemalas haben indigene Gemeinschaften nicht nur eine Strafklage gegen ein internationales Unternehmen eingereicht, sondern auch gegen den obersten Richter, eigentlich eine unantastbare Person. Wahrlich ein geschichtsträchtiger Tag, und der SOLIFONDS konnte mit der Unterstützung der Demonstration einen Beitrag dazu leisten.

Im Namen unserer Partnerorganisationen, die sich gegen die Bergbaumultis zur Wehr setzen, danken wir Ihnen für Ihre Unterstützung!

Weder «gelb» noch «rot» – Demokratie in Thailand!



Repression und Wahlen in Thailand 2010: verhaftete Rothemden im Mai (oben); im Ausnahmezustand durchgeführte Parlaments-Nachwahl im Juli.

Fotos: REUTERS/Adrees Latif /Sukree Sukplang

an der Macht. Gemäss der Forbes-Liste ist der König von Thailand mit 35 Milliarden US-Dollar Vermögen der reichste Monarch der Welt. In den letzten zwanzig Jahren ist das Jahresbudget des Palasts von 3 auf 65 Millionen Euro angestiegen. Derweil verarmt die Bevölkerung immer mehr. Sie ist zur Arbeitsmigration, zur informellen Arbeit und nicht selten zur Sexarbeit als Einnahmequellen gezwungen.

Im April dieses Jahres ging das thailändische Militär mit äusserster Brutalität gegen die oppositionellen «Rothemden» vor, 88 Menschen wurden erschossen, 2000 verletzt. Gegen Hunderte Oppositionelle sind seither Haftbefehle erlassen worden, viele sind untergetaucht oder ins Ausland geflohen.

Während die Medien den Konflikt vereinfachend als eine Auseinandersetzung zwischen «Gelb-» und «Rothemden» darstellen, als Konflikt zwischen den alten monarchischen und den neuen populistischen Kräften, wird nicht darauf eingegangen, dass viele Organisationen und Gewerkschaften intern zwischen «gelb» und «rot» gespalten sind: Während die einen beim 2006 weggeputschten Premierminister Thaksin als geistigem Vater der «Rothemden» dessen Unterstützung der Bauernbevölkerung hervorheben, kritisieren die andern seine neoliberale Wirtschaftspolitik – und finden sich damit in der Nähe der VerteidigerInnen des Establishments und des Königshauses wieder. Kaum erwähnt wird, dass breite Bevölkerungskreise und Volksorganisationen – jenseits von gelb und rot – für Demokratie und soziale Gerechtigkeit kämpfen.

Die «Internationale Solidaritätskampagne mit dem Volk in Thailand», die vom SOLIFONDS unterstützt wird, will den Kampf dieser Kräfte stärken, die sich dagegen einsetzen, dass mit einer weiteren Militärdiktatur die alte ungleiche Ordnung aufrecht erhalten bleibt. Jenen Frauen und Männern, die sich in der Kampagne engagieren und exponieren, drohen Verhaftung und lange Gefängnisstrafen wegen «Beleidigung des Königs». Sie sind deshalb auf Schutz und internationale Solidarität angewiesen.

Für weitere Informationen zur Situation in Thailand siehe Texte auf www.solifonds.ch.

Zimbabwe – Junge Frauen verschaffen sich Gehör

«Die Gewalt in der gegenwärtigen Politik in Zimbabwe ist Teil der machistischen politischen Kultur, die wir von den kolonialistischen Siedlern geerbt haben und welche die verschiedenen darauf folgenden politischen Systeme nicht abgelegt haben.» So die Zimbabweerin Grace Kwinjeh in ihrem Artikel zu geschlechtsbestimmter Gewalt und politischer Macht aus dem Buch «25 Jahre SOLIFONDS».

Das soll sich jetzt ändern: Junge Frauen wollen sich Gehör verschaffen. Anlass ist die Ausarbeitung einer neuen Verfassung in Zimbabwe. In diesem Zusammenhang fordert das Young Women African Leaders Movement (YWALM), dass Anliegen, die junge Frauen direkt betreffen – eine bessere Ausbildung und wirtschaftliche Teilhabe für alle, Lösungsansätze für die politische und sexuelle Gewalt, Geschlechtergleichheit auf allen Ebenen – in der neuen Verfassung berücksichtigt werden müssen.

Diese Forderungen diskutiert das YWALM quer durchs ganze Land mit regionalen und lokalen Frauengruppen. Gleichzeitig mobilisiert YWALM für eine grosse Demonstration in der Hauptstadt Ende September. Aber nicht nur das: Junge Frauen sollen auch motiviert werden, selbständig als handelnde Subjekte in die Politik einzugreifen und sich beispielsweise an den kommenden Wahlen auf allen Ebenen zu beteiligen. «YWALM hat die Vision von einem Zimbabwe, das die Rechte der Frauen hoch hält, in dem junge Frauen gefördert werden, um in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft eine führende Rolle zu übernehmen und so aktiv an einem neuen Zimbabwe zu arbeiten.» Darin unterstützt sie der SOLIFONDS.

Impressum:

Herausgeberin: Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt», getragen vom Schweiz. Gewerkschaftsbund SGB, von der SP Schweiz, dem Schweiz. ArbeiterInnenhilfswerk SAH und den Mitstifterorganisationen: Afrika-Komitee, AAB Südliches Afrika, Erklärung von Bern, Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika FEPA, Guatemala-Komitee, Magasins du Monde, Nicaragua- und El-Salvador-Komitees, Schweiz. Unterstützungskomitee für das Sahraische Volk, terre des hommes Schweiz, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien.

Das Informationsbulletin erscheint 5mal jährlich.

Redaktion: Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann
Druck: printoset, Zürich